

## Vorwort:

Auf den Vorstandsebenen der **dieBasis** gibt es derzeit unerfreuliche Vorgänge. Es hat Rücktritte gegeben und für den Jahresbeginn 2023 stehen auf der Bundesebene Neuwahlen an.

Verfolgt bitte die Informationen der Bundes- und der Landesverbände. Es gibt aber auch gute Nachrichten, unser Stadtverband hat Arbeitsgruppen und Initiativen gestartet und seine Ausarbeitungen vorgestellt, dazu gehören u.A. der Notfallplan, die Vorträge bei den Schwarmtreffen, der wieder ins Leben gerufene Stammtisch und auch dieses Informationsformat, **dieBasis** Aktuell und weitere Aktionen die wir noch vorstellen werden. Übrigens, in diesem Informationsformat können alle Mitglieder des Ortsverbandes Bielefeld ihren Beitrag einstellen. **presse.bielefeld@diebasis.nrw**

Beim letzten Schwarmtreffen, am 10.12. im Volkshaus Milse, hielt Dr. Jürgen Wächter, einen Vortrag zu seinem neuen Buch und anschließend machten wir eine schöne Weihnachtsfeier. Es kamen viele Mitglieder und Interessenten. Jeder brachte gute Laune und eine Kleinigkeit an Getränken oder Speisen mit.

Alle Termine sind auf unserer Homepage <https://bielefeld.diebasis.nrw/> zu finden.

## Kurzer Kommentar zum geforderten Verzeihen unserer Politiker:

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke **gustav.wiesecke@diebasis.nrw**

Jens Spahn: "Wir werden einander viel zu verzeihen haben.

In der Politik tauchen plötzlich solche Sätze auf. Es wird davon gesprochen dass nicht nur die Betroffenen der Maßnahmen, sondern auch die Verursacher der Maßnahmen, zu Verzeihen hätten. Bin ich eigentlich noch im richtigen Film? Allein das Wort "EINANDER" zeigt die Arroganz und Verlogenheit solcher Aussagen. Ja, **WIR** werden viel zu verzeihen haben. Aber bestimmt nicht dass wir uns belügen, bedrohen und in unserer Würde diskriminieren lassen mussten.

Eine Aufarbeitung der letzten mehr als zweieinhalb Jahre ist bestimmt nötig. Ohne Frage. Es ist auch ein Verzeihen innerhalb der Familien- und Freundeskreise notwendig. Aber zum Verzeihen gehört unverzichtbar als erstes eine Entschuldigung, und die juristische und gesellschaftliche Würdigung muss, unbeachtet von Verzeihen, ebenfalls erfolgen, Herr Journalist oder Frau Politikerin oder umgekehrt.

## Unternehmer aus OWL suchen nach praktischen Lösungen

Ansprechpartner: Jochen König **presse.bielefeld@diebasis.nrw**

Mehr als 30 Inhaber und Vertreter kleiner und mittlerer Unternehmen verschiedenster Branchen aus OWL trafen sich am Donnerstagabend im Gemeinschaftshaus Milse. Dazu hatte **dieBasis** - Stadtverband Bielefeld, eingeladen, um nach Wegen aus der krisenbedingten Existenzbedrohung etlicher Betriebe zu suchen und so Arbeitsplätze zu erhalten. Nach einer thematischen Einführung kam es bereits in der anschließenden Pause zu ersten, interessanten Kooperationsgesprächen.

Zwar gab es während der nachfolgenden Diskussion deutliche Kritiken an Kammern, Verbänden und Innungen, von denen sich viele der Anwesenden im Stich gelassen fühlten, dennoch überwogen konstruktive Vorschläge zur Hilfe zur Selbsthilfe, wie systematische Zusammenarbeit und intensive Vernetzung, die es nun kurzfristig umzusetzen gilt.

Dazu Leonard Wächter, Vorsitzender des Stadtverbandes: „Der heutige Abend hat uns deutlich gezeigt, dass es für Unternehmen Möglichkeiten gibt, wirtschaftlich schwierige Situationen durch gemeinsames Handeln abzufedern. Dabei interessieren weniger parteipolitische Erwägungen, sondern in erster Linie die zentrale Bedeutung des Mittelstandes als größter Arbeitgeber und Steuerzahler“.

**dieBasis** begrüßt daher Anfragen von Unternehmensvertretern zur Teilnahme an Folgetreffen im Sinne der Stärkung des Mittelstandes in OWL.

**Kommentar des Pressesprechers.**

Diesen (weichgespülten) Artikel habe ich an alle Papiermedien in und im näheren Umkreis von Bielefeld verschickt und gleichzeitig um Nennung einer Telefonnummer zwecks Terminvereinbarung gebeten. Ich hätte mich einfach gern mal bei den Leuten vorgestellt. Lediglich die Sprecherin der Polizei teilte mir mit, dass man aus Gründen politischer Neutralität nicht mit mir sprechen wolle. Sonst ist nichts passiert. Damit ist die Frage geklärt, ob wir unterm Schirm bleiben oder nicht. Nun gut! Machen wir was Eigenes.

**Definition von „Delegitimierung des Staates“ erfragt****Inneres und Heimat / Kleine Anfrage - 07.02.2022 (hib 45/2022)**

Ansprechpartner: Jochen König [presse.bielefeld@diebasis.nrw](mailto:presse.bielefeld@diebasis.nrw)

Berlin: (hib/STO) „Neuer Phänomenbereich verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ lautet der Titel einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion (20/601). Darin verweist die Fraktion darauf, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz nach eigenen Angaben einen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ eingerichtet hat. Wissen will sie, wie die Bundesregierung den Begriff der „Delegitimierung des Staates“ definiert. Auch erkundigt sie sich unter anderem danach, wie die Bundesregierung „die legitime - auch harte - Kritik an Regierungshandeln oder an Regierungsmitgliedern von einer sogenannten Delegitimierung des Staates“ abgrenzt.

**Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates****Inneres und Heimat/Antwort - 22.02.2022 (hib 76/2022)**

Berlin: (hib/STO) Um eine Definition des Begriffs der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ geht es in der Antwort der Bundesregierung (20/774) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (20/601). Darin verwies die Fraktion darauf, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz nach eigenen Angaben einen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ eingerichtet hat.

Wie die Bundesregierung dazu in ihrer Antwort ausführt, bezeichnet dieser Begriff „phänomenologisch eine neue Fallgruppe extremistischer Bestrebungen, die unter der herkömmlichen Klassifizierung - etwa in Rechtsextremismus oder Linksextremismus - nicht adäquat zuordenbar ist“. In dieser Bezeichnung komme die Abgrenzung zur - auch harten - Kritik an Regierungshandeln oder -mitgliedern durch das qualifizierende Adjektiv „verfassungsschutzrelevant“ zum Ausdruck. Die damit bezeichnete Schwelle orientiere sich an der Rechtsprechung von Bundesverwaltungsgericht und Bundesverfassungsgericht.

Phänomenologisch werden damit laut Bundesregierung solche Bestrebungen erfasst, die durch die systematische Verunglimpfung und Verächtlichmachung des auf der freiheitlichen demokratischen Grundordnung basierenden Staates und seiner Institutionen beziehungsweise Repräsentanten geeignet sind, das Vertrauen der Bevölkerung in diese Grundordnung zu erschüttern. „Von sachbezogener - auch polemischer - Kritik unterscheidet sich dies gerade dadurch, dass unter Außerachtlassung jeder Bemühung um Augenmaß an die Stelle des kritischen Urteils eine Darstellung tritt, die im einzelnen kritikwürdige Zustände bewusst entstellt, begleitet von einer Diffamierung der Einrichtungen des Staates und seiner Repräsentanten, so dass der Eindruck entstehen muss, diese allenthalben bestehenden ‚Misstände‘ hätten letztlich ihre Ursache in der Grundordnung selbst, am Maßstab praktischer Bewährung gemessen sei sie also untauglich“, heißt es in der Antwort weiter. Dadurch werde ein Klima geschaffen, „in dem - letztlich womöglich sogar auf Gewaltanwendung zielende - Neigungen gedeihen, diese Grundordnung als in ihren Auswirkungen, unerträglich‘ zu beseitigen“.

**Kommentar des Pressesprechers.**

Warum muss eine solche Anfrage von der AfD kommen und nicht von SPD, Linken, Grünen oder gar dem wertkonservativen Flügel der CDU? (Rhetorische Frage)

Die meisten Menschen sind gegen die systematische Verunglimpfung und Verächtlichmachung des auf der freiheitlichen demokratischen Grundordnung basierenden Staates und seiner Institutionen, und finden wahrscheinlich, unsere Politiker sollten ebenso denken und handeln.

Also, Herr Gesundheitsminister, bitte mit dem Grundgesetz vorsichtig umgehen, bis auch Sie kapiert haben, dass eine Demokratie einen Diskurs aushalten muss und es auch ernsthafte Studien gibt, die nicht Ihrem engen Meinungskorridor entsprechen.

Frau Außenministerin, lesen Sie doch bitte Nato Gründungsvertrag, Ausstiegsvertrag der Ukraine aus den GUS-Staaten, Vertrag von Charkow 2010 und dann beenden Sie den Ukraine-Krieg mit diesem Wissen. Wenn Sie damit fertig sind, schadet es auch nichts mal nachzuschlagen, was die UN-Charta zu Einmischungen in die Angelegenheiten souveräner Staaten sagt.

Vielleicht darf man unsere politischen Vertreter mal an Ihre Amtseide erinnern. Auf unser Volk bezogen heißt es doch, Schaden von ihm wenden und seinen Wohlstand mehren. Leider kriegt man es in diesem Zusammenhang kaum noch auf die Reihe, weshalb wir jetzt russische Energie zu überhöhten Preisen aus anderen Ländern importieren.

Etwas defizitär finde ich die Erläuterung unseres Wirtschaftsministers Habeck, der Vertrag mit Katar sei „super“. Mehr wusste er vielleicht auch nicht sonst hätte er es uns bestimmt gesagt...

Ich hoffe, das ist nicht schon Verunglimpfung, und ich habe das richtige Augenmaß bei diesem Kommentar bewiesen, was immer eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft darunter verstehen mag.

## 0,6% Bearbeitungsgebühr: Ansprechpartner: Gustav Wiesecke [gustav.wiesecke@diebasis.nrw](mailto:gustav.wiesecke@diebasis.nrw)

0,6% Bearbeitungsgebühr oder wie funktioniert eigentlich die Digitale Währung und warum wird das Bargeld immer wichtiger? Die Bundesinnenministerin Faeser möchte den Umlauf von Bargeld reduzieren und eine Obergrenze für Bargeldbezahlungen von 10.000,- € festlegen sowie die Anzahl der Geldautomaten reduzieren.

Der Publizist und Wirtschaftsexperte Andreas Popp zeigt anhand eines einfachen Rechenbeispiels, wie mit Gebühren für die Bezahlung mit digitalen Geld, sich die Banken zusätzlich finanzieren und so dazu beitragen die Schuldenpolitik zu ermöglichen.

Beispiel: Ein Gast bezahlt in einem Restaurant seine Rechnung von 100,- € in Bar. Der Gastwirt bezahlt mit diesem 100,- € seinen Dienstleister, der Dienstleister bezahlt damit seine Betriebsstoffe, dieser Lieferant bezahlt seine Mitarbeiter, der Mitarbeiter bezahlt seine Miete oder kauft ein ... man kann sich vorstellen wie der Umlauf des Geldes beispielweise mit 100 Stationen weitergeht. Bei Bargeld fallen keine Gebühren an weil keine Bank beteiligt ist. Würden diese 100 Vorgänge z.B. mit der Kreditkarte bezahlt wäre eine Gebühr von  $100 \times 0,6\% = 60\%$  fällig, **gesamt 60,- €**.

Spare durch Barzahlung einfach diese Gebühr ein und finanziere dieses Geldsystem nicht mehr. Ein zusätzlicher Nebeneffekt ist das Du keine wertvollen Daten preisgibst.

Hier ist der Link zu dem Beitrag vom 25.11.2022 ab etwa 1h:04min:

<https://www.eva-herman.net/offiziell/?beitrag=115136>

## Probleme mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke [gustav.wiesecke@diebasis.nrw](mailto:gustav.wiesecke@diebasis.nrw)

Die in Deutschland endet die EEG-Förderdauer für viele der installierten Onshore-Windkraft - und Photovoltaikanlagen. Außerdem kommen sie nach ca. 20 Betriebsjahren an ihr kalkuliertes Lebensende.

Was geschieht mit diesen Anlagen? Im MDR hat es darüber eine Berichterstattung gegeben. Darin wird festgestellt das 90% der Windkraftanlagen recycelt werden können. Aber was heißt das? Der Stahl der gigantischen Masten und die Generatoren stellen einen Großteil der Masse dar und diese zu recyceln,

also Metalle, ist bekannte Technik. Aber was ist mit dem Rest? Für die gigantischen Rotorblätter gibt es derzeit keine Möglichkeit für ein Recycling, sie werden geschreddert und anschließend vergraben, das Betonfundament bleibt oft im Erdreich, pro Anlage 500 m<sup>2</sup> bis zu ca. 2.000 m<sup>2</sup> (Versiegelung der Ackerfläche). Die NZZ veröffentlichte vor Kurzem wie hoch überhaupt die Effizienz oder Auslastung der Windkraftanlagen an verschiedenen Standorten ist, mit sehr ernüchternden Zahlen.

Link:

<https://www.nzz.ch/visuals/windkraft-in-deutschland-grosse-versprechen-kleine-ertraege-ld.1710681>

Auch in den Fachmagazinen sind mittlerweile Beiträge erschienen:

<https://www.erneuerbareenergien.de/energiemarkt/energiemaerkte-weltweit/weiterbetrieb-nach-20-jahren-massenhafter-rueckbau-von-windkraftanlagen>

Bei Photovoltaikanlagen bleiben etwa 20% der Masse nicht recycelbar, grob gesagt: alles außer Metall und Glas. Was geschieht damit?

Es gibt viele Fragen und im Mainstream werden die wichtigen Fragen oft nicht gestellt und somit nicht beantwortet.

Zu diesem Thema gibt es ebenfalls vom Publizist und Wirtschaftsexperten Andreas Popp eine anschauliche Stellungnahme:

Hier ist der Link zu dem Beitrag vom 25.11.2022 ab etwa 1h:09min:

<https://www.eva-herman.net/offiziell/?beitrag=115136>

## Neues von der AG Notfallplanung

Ansprechpartner: Heinz Schäfer [presse.bielefeld@diebasis.nrw](mailto:presse.bielefeld@diebasis.nrw)

In Zukunft werden wir auf diesem Wege neue Entwicklungen von Bedeutung, soweit sie die Risikosituation unserer Energieversorgung betreffen, kommentieren und damit unsere veröffentlichte Ausarbeitung aktuell erhalten.

Beginnen wollen wir mit einer Einschätzung der Sondermeldung über den Abschluss eines langfristigen Gaslieferungsvertrages mit Katar mit Wirkung von 2026. Die schmallippige Reaktion von Herrn Harbeck auf die breit gestreute Meldung musste sofort nachdenklich machen.

Das lag wohl nicht nur an der aktuellen Wirkungslosigkeit der Abmachung, da sie erst nach Ablauf von drei hochkritischen Jahren zu Lieferungen führen wird, die insgesamt bescheidene 3% unseres derzeitigen Gasbedarfs decken können. Vielmehr geben die ungewöhnlichen Umstände beim Zustandekommen der Abmachung zu denken.

Eines vorweg: Es gibt keinen Vertrag zwischen Katar und der Bundesrepublik oder einem deutschen Vertragspartner. Vielmehr besteht eine Liefervereinbarung zwischen einem katarischen Gasförderunternehmen und dem drittgrößten US-Amerikanischen Energiekonzern ConocoPhillips, der sich offensichtlich bereit erklärt hat, das Gas in Deutschland anzulanden. Wer die Abnehmer in Deutschland sein werden, ist wohl noch nicht bekannt. Soweit die Fakten.

Spätestens hier fangen die diversen Fragen an. Die deutsche Seite ist offensichtlich von dem Abschluss überrascht worden, war also praktisch bei den entscheidenden Gesprächen gar nicht eingeschaltet. Mag sein, dass die Information stimmt, dass Katar keine Lieferverträge mit anderen Staaten abschließt, sondern nur mit Privatfirmen, aber warum musste es eine amerikanische sein? Haben wir in Deutschland oder wenigstens in Europa keine leistungsfähige Gashandelsfirmen? Reicht es nicht, dass die USA ohnehin für die überschaubare Zukunft unser größter Gaslieferant sein wird?

Der Einfluss der deutschen Politik auf die Liefervereinbarungen zwischen Conoco und den deutschen Abnehmern liegt noch völlig im Dunkeln, wird bei der gewählten Konstruktion wahrscheinlich nicht stark sei.

Die ganze Aktion wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf das internationale Ansehen der deutschen Regierung, die die Behandlung eines Almosenempfängers erfahren hat. Das ganze sieht verdächtig nach einer Nebelkerze aus, die in keiner Weise einen Beitrag zur aktuellen Risikoeinschätzung unseres Energienotstandes leisten kann. Deshalb unsere Einschätzung: Notfallplanung ist dringend wie eh und je.

Noch eine kleine Fußnote: Das japanische Handelsministerium hat mitgeteilt, dass neue langfristige Gaslieferverträge mit Wirkung vor 2026 am Markt nicht verfügbar sind. Das heißt, wir werden hier in Deutschland bis 2026 mit Abschlüssen zu jeweiligen Tagespreisen zu leben haben - für weite Teile der gewerblichen Wirtschaft eine höchst unsichere Kalkulationsgrundlage mit sicheren Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft.

Fortsetzung folgt.

## Schwarmtreffen

Vergesst bitte unsere regelmäßigen Treffen nicht und bringt viele gute Ideen mit.

Unser nächstes Schwarmtreffen findet am 07.01.2023 ab 16:00 im Volkshaus Milse statt, seid gespannt und besucht das Treffen zahlreich.

Der Stadtverband wünscht allen Mitgliedern und Interessenten ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

dieBasis Stadtverband Bielefeld

Pressesprecher Jochen König  
Schriftführer Gustav Wiesecke